

Arbeitszeit

MB-Stufenplan – ein Ko

Angebot an Politik zur Umsetzung von EU-Richtlinie und E



Köln (ass). Der Marburger Bund hat in Briefen an die beiden Verhandlungsführer der anstehenden Gesundheitsreform, Ulla Schmidt und Horst Seehofer, einen Stufenplan zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern angeboten.

„Weil die defizitäre gesetzliche Krankenversicherung zurzeit kaum das Geld für 15.000 zusätzliche Ärzte aufbringen kann und der Arbeitsmarkt so viele Ärzte momentan nicht hergibt, wollen wir der Politik bei der Lösung des Problems entgegenkommen“, bringt MB-Vorsitzender Dr. Frank Ulrich Montgomery die Beweggründe für diesen Schritt auf den Punkt.

Kernpunkte dieses Stufenplanes sind:

Im Regelungszusammenhang mit dem GMG wird aus dem Arbeitszeitgesetz der Passus „Bereitschaftsdienst ist Ruhezeit“ (§ 5 Abs. 3) gestrichen.

Ab dem 1. Januar 2004 können Krankenhäuser, die Arbeitszeitmodelle vorlegen und mit ihrer betrieblichen Arbeitnehmervertretung abgestimmt haben, Einstellungen vornehmen. Bei einer Streckung über drei Jahre ist mit jährlichen Neueinstellun-

gen von zirka 5.000 Ärztinnen und Ärzten zusätzlich zu rechnen. Bei vernünftiger Anwendung neuer Arbeitszeitmodelle, Ausschöpfung aller vorhandenen Reserven und Gegenrechnung heute gezahlter Bereitschaftsdienstvergütungen ergibt

sich ein Betrag von zirka 300 bis 400 Mio. Euro per anno, der zusätzlich und kumulierend aufgebracht werden muss. Dies kann durch Budgetzuschläge finanziert werden, für die der Grundsatz der Beitragssatzstabilität nicht gilt.

Budgetzuschläge zur Ein-

■ **ABSCHIED**

Die Abschaffung des AIP ist mit dem Referentenentwurf auf den Weg gebracht. Was auf jeden Fall fehlt, sind Übergangsbestimmungen.

Seite 3

■ **POLITIK EINFLUSS**

Fallpauschalen-Änderungsgesetz, Krankenpflegegesetz, Nullrunde – die Politik regiert in die Krankenhäuser hinein.

Seite 4

■ **INTERVIEW**

Wieder einmal bemüht sich die Politik in einer großen Koalition, die Probleme des Gesundheitssystems in den Griff zu bekommen. Eine Chance – meint Dr. Dieter Boeck, Hauptgeschäftsführer des Marburger Bundes.

Seite 5

■ **LANDESVERBÄNDE**

In dieser Ausgabe auf den Seiten 8 und 9

Nordrhein-Westfalen/
Rheinland-Pfalz

(regional) Seite 9

■ **SEMINARE**

In dieser Ausgabe auf Seite 10

■ **STELLENMARKT**

In dieser Ausgabe auf Seite 11

Organspende

Bayern an der Spitze

München (dpa). Die bayerischen Bürger liegen mit ihrer Bereitschaft zur Organspende bundesweit an der Spitze. Rund 15 Menschen pro eine Million Einwohner spenden hier nach dem Tod ihre Organe, teilte die Deutsche Stiftung Organtransplantation mit. Der Bundesdurchschnitt liege bei 12,5 Menschen pro Million Bürger, wurde bei einer Tagung der Transplantationsbeauftragten

Urteil

Klinik erhält nur ambulante Kosten

Hannover (pid). Krankenkassen müssen bei stationären Behandlungen, die auch ambulant vorgenommen werden können, nur die Aufwendungen erstatten, die bei einem ambulanten Eingriff entstehen würden. Das hat das Sozialgericht Hannover in einem rechtskräftigen Urteil entschieden. Es wies damit die Klage eines Krankenhausträgers ab, der von der AOK die gesamten Kosten

Tarifpolitik

Neugestaltung ver.di und MB gespr

Berlin (ass). Die Kündigung der Zuwendungs- und Urlaubsgeldtarifverträge durch Bund und Länder nach dem Zwist im Arbeitgeberlager des öffentlichen Dienstes hat die Gewerkschaft ver.di dazu veranlasst, in einer außerordentlichen Sitzung der Bundestarifkommission unter Beteiligung des Marburger Bundes das weitere Vorgehen festzulegen.